

Friedensregion Bodensee bis 2030?

Annähernd tausend TeilnehmerInnen aus dem ganzen Bodenseeraum, darunter auch einige ZürcherInnen, setzten sich beim Bodensee-Friedensweg am vergangenen Ostermontag von Konstanz nach Kreuzlingen für eine grenzüberschreitende Friedensregion ein. «Frieden statt Krieg exportieren!» war auch das Motto des Ostermarsches gleichentags in Bern.

Peter Weishaupt

Der Hauptredner am Bodensee, Jürgen Grässlin, profiliertes deutscher Waffenexportkritiker, bezeichnete die Gegend als Europas dichteste Rüstungsregion, die bis 2030 in eine Friedensregion umgewandelt werden müsse, während Annette Willi, Schweizer Mitgründerin der 2017 mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Organisation ICAN, die Bundesrepublik und die Schweiz zur sofortigen Unterzeichnung des UNO-Vertrages für ein Atomwaffenverbot aufrief. Zuvor hatte sich die Berner Friedensaktivistin Louise Schneider gegen die Finanzierung von Rüstungsfirmen durch Schweizer Banken gewandt: «Geld für Waffen tötet!»

Während deutschlandweit in über 100 Städten und gleichentags in Bern die traditionellen Ostermärsche für den Frieden durchgeführt wurden, sammelten sich an der Marktstätte in Konstanz Frauen, Männer und Kinder aus dem Vorarlberg, aus den deutschen Anwohnerorten am Bodensee und eine starke Delegation aus der Schweiz zum grenzüberschreitenden Friedensweg in der Tradition der Ostermärsche gegen Atomwaffen unter dem Motto «Von der Rüstungsregion Bodensee zur Friedensregion» und bewegten sich in einem bunten Zug mit Friedensfahnen und Transparenten, angeführt durch eine Trommlergruppe, durch die Konzilsstadt zum Stadtgarten.

Dort hielt Jürgen Grässlin, profiliertes bundesdeutscher Waffenexportgegner die erste Rede: «Der Bodensee ist einmalig: Einmalig als Anziehungspunkt für unzählige Touristinnen und Touristen, die von weither anreisen, um die Schönheit dieser Naturregion zu geniessen. Einmalig auch als Produktionsgebiet für unzählige Kriegswaffen, die vielfach in Krisen- und Kriegsgebiete exportiert werden und die Schönheit anderer Naturregionen auf Jahrzehnte hinaus völlig verwüsten.» Er wies darauf hin, dass 18 grosse Rüstungsbetriebe und zahlreiche weitere Zulieferbetriebe den Raum um den Bodensee zu Europas dichtester Rüstungsregion machten. Mit Kriegswaffen und Rüstungsgütern aus Deutschland, der Schweiz und Österreich würden Kriege und Bürgerkriege im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien befeuert. Diese Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen müsse jetzt ein Ende fin-



«Von der Rüstungsregion Bodensee zur Friedensregion»: TeilnehmerInnen am Bodensee-Friedensweg fordern eine grenzüberschreitende Friedenszusammenarbeit.

den, führte Grässlin aus und rief dazu auf, den militärisch-industriellen Komplex am Bodensee in acht bis zehn Jahren bis 2030 vollständig in einen friedensindustriellen Komplex umzuwandeln.

Nach seiner Rede ging es auf Friedensspuren weiter über die Landesgrenze zur Abschlusskundgebung nach Kreuzlingen zum Hafentplatz. Noch vor der Grenze bildeten die KundgebungsteilnehmerInnen ein menschliches Peace-Zeichen als Symbol für eine grenzüberschreitende Friedenszusammenarbeit (Bild). Nach einem Picknick mit Linsensuppe bei strahlendstem Osterwetter trat die langjährige Berner Friedensaktivistin Louise Schneider auf. Bekannt geworden war sie als «Spray-Grosi», die anlässlich der letztjährigen Einreichung einer Volksinitiative gegen die Finanzierung von Rüstungsfirmen durch Schweizer Banken Losungen an die Schweizerische Nationalbank gesprayed hatte. Sie erzählte aus ihrem bewegten Leben und hielt ein feuriges Plädoyer für ein nachhaltiges Friedensengagement. Insbesondere rief sie dazu auf, das milliarden schwere Projekt neuer Schweizer Kampfflugzeuge ebenso zu versenken wie seinerzeit die Beschaffung von schwedischen Gripen-Kampffjets.

Anschliessend rief Annette Willi, Mitgründerin der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen ICAN unter dem Motto «Drei Länder – drei Welten» die beiden Länder Deutschland und die Schweiz eindringlich dazu auf, endlich den 2017 von der UNO verabschiedeten Atomwaffenverbotvertrag zu unterzeichnen, wie dies schon Österreich getan hat. Der Vertrag verbietet Atomwaffen vollumfänglich und sei ein klares Zeichen, dass die Mehrheit der Welt Atomwaffen nicht mehr akzeptiere. Lobend äusserte sie sich zu Österreich, das trotz der aktuellen politischen Ausrichtung der Regierung den Vertrag bereits vor einem Jahr ratifiziert hat. Die deutsche Regierung hingegen verweigere beharrlich den Beitritt zum Atomwaffenverbotvertrag wie auch ihr Schweizer Pendant. Völlig unverständlich ist für Willi die Weigerung des Bundesrates, der Aufforderung des Parlamentes nachzukommen, den Vertrag zu ratifizieren. Ebenso kritisierte sie die Aufkündigung des INF-Vertrages zur Begrenzung von Mittelstreckenraketen. Der Vertrag sei ein wichtiges Element der europäischen Sicherheitsarchitektur und müsse unbedingt erhalten bleiben.